



HESSISCHER LANDTAG

07. 09. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Diskussion um Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der sofortige Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland ohne Gefährdungen für die Versorgungssicherheit oder der Preisstabilität der Stromversorgung technisch machbar ist.
2. Der Landtag stellt fest, dass ein Ausstieg aus der Atomenergieerzeugung dem seit Jahren in Umfragen manifestierten politischen Willen der Mehrheit der Bevölkerung entspräche.
3. Der Landtag erkennt an, dass auch die Uranvorkommen endlich sind und die deutschen Lagerbestände einen Betrieb der Atomkraftwerke über ein halbes Jahr hinaus nicht ermöglichen. Darüber hinaus ist der Uranabbau mit erheblichen, auch klimaschädlichen Eingriffen in Landschaft und ökologische Gefüge verbunden.
4. Der Landtag hält es für unverantwortlich, die Atomkraft mit ihrem hohen Risikopotenzial, das der Unfall in Tschernobyl 1986 erschreckend gezeigt hat, weiterhin als Teil der Stromproduktion zu betreiben.
5. Der Landtag erkennt an, dass es für die hochradioaktiven Abfälle aus den Atomkraftwerken kein tragfähiges Entsorgungskonzept gibt, die Suche nach einer Endlagerstätte bis dato gescheitert ist und der Betrieb von Atomkraftanlagen den kommenden 33.000 Generationen die Verantwortung für hochgefährliche Altlasten aufbürdet.
6. Der Landtag stellt fest, dass die Einwände der in Deutschland tätigen Energiekonzerne gegen eine zusätzliche Besteuerung der Atomkraft vor dem Hintergrund der umfassenden staatlichen Subventionen der Atomindustrie und der erheblichen Gewinne der betreffenden Unternehmen unhaltbar sind und auf deren Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit zielen.

Begründung:

Die jüngsten Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU im Hessischen Landtag, Christean Wagner, an der Kernenergie müsse festgehalten werden, auch wenn sich eine breite Mehrheit der Bevölkerung dagegen ausspreche, belegen nicht nur für ein inakzeptables Demokratieverständnis, sondern lassen zudem befürchten, dass die Hessische Landesregierung sich auch zukünftig für den Weiterbetrieb einer für die Allgemeinheit kostspieligen Risikotechnologie einsetzen wird. Studien und Gutachten unterschiedlicher Institutionen wie Umweltverbänden, des Bundesumweltamtes und dieser Tage des von der Bundesregierung beauftragten Autorenkonsortiums aus dem Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos, dem Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln (EWI) und der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) kommen einstimmend zu dem Ergebnis, dass ein zeitnaher und vollständiger Ausstieg aus der Atomkraft möglich ist. Diesen Befunden muss auch gegen das offensichtliche Interesse der Strommonopolisten und ihrer Lobby in der politischen Debatte Nachdruck verliehen werden.

Wiesbaden, 7. September 2010

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler